

## Ein weiteres Entgegenkommen.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober schreitet weiter auf der Bahn, die am 5. Oktober mit der Antrittsrede des Prinzen Max von Baden und dem Waffenstillstandsangebot eingeschlagen wurde. Die Note Wilsons vom 15. Oktober hatte mit der Schärfe ihres Tons und ihrer Forderungen in weiten Kreisen unserer Völker entschiedensten Widerspruch geweckt, und vielen würde es gewiß erfreulicher zu hören gewesen sein, wenn auf die scharfen Töne von Washington gleichfalls mit einer entschiedenen Erklärung geantwortet worden wäre. Entschieden in dem Verlangen, was der Präsident eigentlich wolle, wie weit seine Forderungen gingen, ob er ehrlich die Verständigung suche oder ob er eine bedingungslose Übergabe verlange. Dann würde es nur eine klare Antwort seinerseits gegeben haben; das Friedenswerk wäre endgültig eingeleitet oder endgültig gescheitert gewesen. Statt dessen hat unsere Regierung Wilson gegenüber neues Entgegenkommen gezeigt. Sie beweist damit noch einmal, daß sie sich selbst durch bewußte Unfreundlichkeiten der Gegenpartei nicht abschrecken läßt, sondern ihrerseits das Möglichste, das Äußerste des irgendwie Angängigen tun will, wenn sie dadurch ihr Ziel, die Einleitung der Friedensverhandlungen, erreichen kann.

Welches sind nun die neuen Zugeständnisse an die Forderungen Wilsons und den Standpunkt der Alliierten, den diese jetzt im Hinblick über die Erfolge an der Westfront so hartnäckig festhalten? Der hauptsächlichste Punkt unserer neuen Antwort an Wilson betrifft den Unterseebootkrieg. Eine Wendung in Wilsons letzter Note hatte deutlich auf ihn als einen Hinderungsgrund, zum Frieden zu gelangen, hingewiesen. Jetzt ist an unsere Tauchbootkommandanten der Befehl ergangen, Passagierschiffe von der Vernichtung auszunehmen. Das heißt aber nichts anderes, als daß der unbeschränkte Tauchbootkrieg ein Ende haben soll, denn ohne eine eingehende Untersuchung läßt sich natürlich nicht feststellen, was für ein Schiff das Tauchboot vor sich hat; es muß den Unterseekrieg als Kreuzerrieg führen, offen auftauchen, die Schiffe stoppen lassen und zur Untersuchung von Schiff und Ladung schreiten. Mit der Führung des Tauchbootkrieges als Kreuzerrieg fallen natürlich auch die Sperrgebiete fort. Die Gefahr, die für unsere Tauchboote daraus erwächst, ist groß bei dem bekannten Baralonggeist der Engländer: das Entgegenkommen gegen Wilsons Beschwerde über unsern unbeschränkten Tauchbootkrieg also ungeheuer. Wenn Wilson sehen will, so muß er darin wieder einen Beweis dafür erblicken, daß es uns ernst ist mit dem Wunsch nach Frieden, daß wir wirksame Mittel unserer Kriegsführung preiszugeben bereit sind, wenn wir dadurch die Gewähr erlangen können, den Frieden einzuleiten. Bürgschaft genug für den, der selber guten Willens ist, zu einer Verständigung zu gelangen.

Der zweite wichtige Punkt betrifft die Räumung der besetzten Gebiete. Wilson hatte mit ihr die Fragen der Waffenstillstandsbedingungen verknüpft, deren Entscheidung den militärischen Führern des Verbandes überweisen und Bürgschaften dafür verlangt, daß das augenblicklich vorwaltende Übergewicht der Verbändemächte auf den Schlachtfeldern erhalten bleibe. Ohne Umschweife gesprochen, hatte er damit von uns Besondere bedingungslose Ergebenheit in den guten Willen des Verbandes verlangt, der von Bulgarien gefordert worden war und dort zum Waffenstillstand geführt hatte mit dem Ergebnis, daß Bulgarien, gebunden an Hände und Füße, erst am allgemeinen Friedensstich erfahren wird, was in Zukunft sein Schicksal sein wird. Dieser Forderung entgegen hat die deutsche Regierung mit dem Angebot, „die Bedingungen des Waffenstillstands der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen“, sie betont also, daß unsere Sicherheit ebenso Berücksichtigung und Bürgschaften verlange wie die Interessen des Verbandes; Sicherheiten und Bürgschaften, nach Maßgabe unserer militärischen Lage. Nur auf dem Wege der Gleichberechtigung soll diese Frage gelöst werden: unsere Regierung vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung aufheben wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Endlich enthält unsere neue Antwort an Wilson einen Einspruch gegen die Beschuldigung der mutwilligen Zerstörung der besetzten Gebiete Frankreichs, wie den Vorwurf der Beschleppung von Rettungsbooten nach der Versenkung von Schiffen: neutrale Kommissionen sollen den Sachverhalt klären. Es kann Wilson nur angenehm sein — im vorausgesetzt, daß ihm ehrlich um eine Verständigung zu tun ist — wenn neutrale Beobachter ihr einwandfreies Urteil abgeben. Im neutralen Ausland jedenfalls wird dieses Angebot gewiß nur begrüßt werden als der beste Ausweg aus einem Zwiespalt zwischen den Kriegführenden, der durch diese selbst anscheinend nicht reiflos überbrückt werden kann. Der letzte Teil unserer Note schließlich, der Nachweis der Zuständigkeit dieser Regierung in Berlin, im Namen des Volkes zu sprechen, die Begründung der Dauerbarkeit des neuen Systems, ist so klar, daß Worte sich erübrigen. Wenn Wilson noch mehr in dieser Hinsicht verlangt, soll er offen heraus mit der Sprache, wir haben auf seine Andeutungen nichts anderes zu antworten.

Klarheit in den Forderungen des Verbandes, das ist ja auch das, was den Verbändeländern selbst jetzt mehr oder minder offen

von weiten Kreisen der Bevölkerung gefordert wird. Klarheit gegenüber dem Hell Dunkel, in dem Wilson sich zurzeit gefällt. Als letzte Meldung darüber liegt der Bericht über die Berammlung der Anhänger Lansdownes in der Esserhalle zu London vor. Ihre einstimmig angenommene Entschließung verlangt einen ehrenvollen Friedensschluss auf Grund der von Wilson vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen; die Redner des Tages verurteilten die Ohnmacht des Parlaments, die Minister zu einer deutlichen Erklärung über ihre Politik zu nötigen: man wisse nicht, was Wilsons Verbündete glaubten oder wünschten. Auch bei uns ist diese Empfindung vorhanden, wie schon angedeutet wurde. Es wird von der neuen Entgegnung Wilsons abhängen, ob dies Gefühl sich verstärkt oder verschwindet. Muß es sich durch die Art der Entgegnung verstärken, so wird auch unserer Regierung nichts anderes übrigbleiben, als Wilson klipp und klar zu fragen: Was willst du eigentlich? Übersteigen seine Forderungen dann das, was wir zugestehen können im Interesse des Weltfriedens, so wissen wir, welchen Weg wir gehen müssen, so weiß die Welt, daß Wilsons Rechtsfriede ein Gewaltfriede sein soll, der den Kriegszustand und die Kriegsstimmung in Europa verewigen würde. Dann gilt die Lösung: *Never do, as Slav!*

## Deutschland für den Rechtsfrieden.

Berlin, 21. Okt. (Telegr.) Schon äußerlich, durch die Zeitspanne bis zu der heute nacht erfolgten Absendung der neuen deutschen Note, ist erkennbar, daß die beteiligten Stellen die Antwort mit der größten Gründlichkeit beraten haben, im Bewußtsein der wachsenden Tragweite dieser neuen Äußerung in der am 5. Oktober von der neuen deutschen Regierung begonnenen Aussprache über den Weg zum Frieden. Die Forderung einer raschen Gegenäußerung von deutscher Seite mußte zurücktreten hinter der Notwendigkeit der besonders gründlichen Überlegung unserer diesmaligen Äußerung. Mühte doch unsere neueste Note nicht nur eine Beantwortung der Note Wilsons vom 15. Oktober sein, sondern auch gleichzeitig nochmals eine Gegenäußerung auf die Note des Präsidenten vom 8. Oktober und, ebenso wie unsere Äußerung vom 12. Oktober, an den Geist und den Inhalt der Botschaften des Präsidenten vom 8. Januar und 27. September anknüpfen. Das Friedenswerk kann nur dann zustandekommen, wenn beide Teile bei jedem Schritt von den vom Präsidenten Wilson dargelegten Grundsätzen ausgehen und in Übereinstimmung und grundsätzlicher Einigkeit daran festhalten. Die 14 Punkte des Präsidenten und seine fünf Grundsätze bilden die Grundlagen aller Friedensunterhandlungen und ein dauernder Rechtsfriede kann nur zustandekommen, wenn ihr Geist nicht verletzt wird. Von diesem Geist war die Note des Präsidenten vom 8. Oktober getragen und darum hat die deutsche Regierung in ihrer Note vom 12. Oktober auch die darin vom Präsidenten gestellten Fragen grundsätzlich zustimmend beantwortet. Unsere Note vom 12. Oktober stellt ein Entgegenkommen dar, das deutlich zeigt, wie aufrichtig die deutsche Regierung und das deutsche Volk gesonnen sind, im Geist der vom Präsidenten aufgestellten Grundsätze eines vollerverständlichen Rechtsfriedens zu wirken. In seiner Note vom 8. Oktober hatte der Präsident erklärt, er würde sich nicht berechtigt fühlen, den Verbänderegierungen einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere der Mittelmächte auf dem Boden jener Mächte stünden, und er fügte hinzu, der gute Glaube bei jeder Diskussion würde von der Zustimmung der Mittelmächte zur sofortigen Zurückziehung ihrer Truppen aus den besetzten Gebieten abhängen. Das konnte nur bedeuten, daß der Präsident, sobald die Mittelmächte die Räumungsklausel annahmen, bereit sein würde, den Mächten des Verbandes einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung haben sich in der deutschen Note vom 12. Oktober bereit erklärt, den Räumungsvorschlag anzunehmen und die Vorbereitung der Räumung durch eine gemischte Kommission vorgeschlagen. In seiner Note vom 15. Oktober hat Präsident Wilson nicht das erklärt, was man nach der klar ausgesprochenen Voraussetzung seiner Note vom 8. Oktober hätte erwarten sollen, sondern er hat, anstatt dem Vorschlag eines Waffenstillstandes zuzustimmen, die Entscheidung der Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes, ohne sich darüber zu äußern, ob er einen dahingehenden Vorschlag machen würde, von der Entscheidung der militärischen Ratgeber des Verbandes abhängig gemacht. Gleichzeitig hat er zur Voraussetzung aller Abmachungen die Sicherheit der Aufrechterhaltung der heutigen militärischen Überlegenheit der Verbändestreitkräfte erklärt. Es liegt auf der Hand, daß die Note des Präsidenten vom 8. Oktober diese Verschärfung der Vorbedingungen eines Waffenstillstandes nicht hätte erwarten lassen. Ebenwenig konnte erwartet werden, daß der Präsident die Frage der Herbeiführung eines Waffenstillstandes mit Anschuldigungen über angebliche Grausamkeiten der deutschen Land- und Seekriegsführung belasten würde. Zu beiden neuen Gesichtspunkten galt es nunmehr Stellung zu nehmen und im Geist unserer bisherigen Schritte den begangenen Weg weiter zu verfolgen. Das ist geschehen durch die Annahme der gewünschten Zusicherungen hinsichtlich des Waffenstillstandes unter der Voraussetzung, daß dabei die Forderungen der Gerechtigkeit erfüllt werden. Dem Präsidenten ist nunmehr anheimgestellt, zu zeigen, ob ihm am baldigen Aufhören der Kriegsschreden gelegen ist. Daß der Präsident sich Anschuldigungen gegen das deutsche Heer und die deutsche Flotte zu eigen gemacht hat, die vor einer unparteiischen Prüfung nicht bestehen können, wird in der Note betont, und der Weg vorgeschlagen, der, anstatt weiteren unfruchtbaren Streitens allein Klarheit bringen kann, nämlich die Prüfung des Sachverhalts durch Neutrale. Sehr

der Präsident nunmehr ernstlich seinen Einfluß für das Zustandekommen des Waffenstillstandes ein, so wäre das der kürzeste Weg, Belgien und Frankreich weitere sonst unvermeidliche Kriegsleiden zu ersparen. Hierzu sollte er jetzt um so mehr Anlaß finden, als die deutsche Regierung trotz der Fortdauer der in ihren Wirkungen auf Kinder, Frauen und schwache Personen immer schrecklicher fühlbaren Hungerblockade, um das Friedenswerk zu fördern, Befehl gegeben hat, den unbeschränkten Unterseebootkrieg einzustellen und ihn nur als Kreuzerrieg weiterzuführen. Das ist ein Beweis für die Ehrlichkeit des deutschen Willens zum Frieden, wie er stärker nicht gedacht werden kann. Es ist ein freiwilliger, ein großes Opfer darstellender Schritt auf dem Weg, von dem Wilson seinerzeit erklärt hat, daß er zum Frieden führe. Es wird sich jetzt zeigen, ob er diesen Weg wieder betreten will. Die frei und bereits vor Wilsons Darlegungen begonnenen innern Reformen unsers Regierungssystems, die in der Note genau dargestellt sind und erkennen lassen, daß das deutsche Volk nunmehr in der ersten Reihe der Völker mit freier Selbstbestimmung marschiert, die Annahme der Räumungsklausel, die Aufgabe des unbeschränkten Unterseebootkrieges, das sind bedeutende Schritte auf der Bahn, die durch die Verkündung der Grundsätze Wilsons als die zum dauernden Rechtsfrieden führenden gekennzeichnet sind. Auf diese Bahn sind Hindernisse geworfen worden. Wir haben auch jetzt wieder das unsere getan, diese Hindernisse zu beseitigen. Am Präsidenten Wilson ist es jetzt, den Weg weiter zu gehen, den er gewiesen und zu beschreiten begonnen hat, auf dem er aber neuerdings zu zögern scheint. Deutschland hat für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit jetzt unendlich viel getan und Opfer gebracht, die auch ein Feind anerkennen müßte. Jetzt ist es an der andern Seite, zu zeigen, ob man auch dort Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Völker will. Wie auf den guten Willen, so werden wir auf den bösen die rechte Antwort finden.